

## Kleine Anfrage 1196

des Abgeordneten Christoph Schulze  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **Aufforderung der Landesregierung durch das Bundesverfassungsgericht zur Stellungnahme bezüglich einer verfassungsrechtlichen Beschwerde zum Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg**

Wie allseits bekannt hat die rot-rote Landesregierung getragen von einer rot-roten Mehrheit im Landtag Brandenburg im 4. Quartal 2013 das Kommunalabgabengesetz dahingehend umfassend geändert, dass insbesondere eine 25 jährige Verjährungsfrist für Kommunalabgaben eingeführt wurde, wo vorher auf Basis der bundesrechtlichen Regelung eine vierjährige Verjährungsfrist galt. In diesem Zusammenhang hat die Landesregierung und die sie tragende Mehrheit aus SPD und Linkspartei die Idee einer 10jährigen Hemmung erfunden und damit begründet, dass im Zeitraum vom 3. Oktober 1990 bis zum 3. Oktober 2000 in Brandenburg keine rechtsstaatlichen Verhältnisse herrschten und sie demzufolge eine 10jährige Hemmungsverjährung für angemessen hielt. Wie mittlerweile bekannt wird befasst sich nunmehr das Bundesverfassungsgericht mit dem Brandenburger Kommunalabgabengesetz.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass das Bundesverfassungsgericht die Landesregierung Brandenburg /Justizministerin des Landes Brandenburg aufgefordert hat in einer verfassungsrechtlichen Beschwerde zu Kommunalabgabengesetz eine Stellungnahme abzugeben?
2. Auf welche Sachverhalte im Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg bezieht sich die Aufforderung des Bundesverfassungsgerichtes zur Stellungnahme?
3. Hat die Landesregierung die Stellungnahme bereits abgegeben, bzw. bis wann ist die Fristsetzung durch das Bundesverfassungsgericht zur Abgabe der Stellungnahme?
4. Wie lautet die entsprechende Stellungnahme der Landesregierung und wo können Bürgerinnen und Bürger entsprechend dem Akteneinsichtsgesetz des Landes Brandenburg Akteneinsicht in diesen entsprechenden Vorgang nehmen? Bei welchem zuständigen Ressort, bei welcher zuständigen Abteilung ressortieren die entsprechenden Unterlagen bezüglich der Anfrage des Bundesverfassungsgerichts.

5. Sieht die Landesregierung rechtliche oder verfassungsrechtliche Bedenken gegen Akteneinsicht bezüglich der Stellungnahme zum Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg beim Bundesverfassungsgericht? Wenn ja, sind diese Bedenken eine Akteneinsicht nicht zu gewähren temporärer Natur, d.h. bis zum Zeitpunkt wo das Bundesverfassungsgericht sich in der Sache geäußert hat? Oder vertritt die Landesregierung die Auffassung, dass grundsätzlich Bürgerinnen und Bürger keine Akteneinsicht bezüglich der Stellungnahme des Landes Brandenburg zum Kommunalabgabengesetz beim Bundesverfassungsgericht haben sollen, wenn ja mit welcher Begründung?